

# „Deutschland ist ein Hochsteuerland“

## Mythos

Immer wieder hört man, dass die deutsche Steuer- und Abgabenlast weltweit einzigartig sei. In kaum einem anderen Land werde den Bürgerinnen und Bürgern von Vater Staat so tief in die Geldbörse gegriffen, wie das in Deutschland der Fall ist. Die Steuerlast hierzulande sei rekordverdächtig.

„So raubt der Staat uns aus“<sup>1</sup>

„Deutschland hat höchste Steuerlast“<sup>2</sup>

„Bei Steuern und Abgaben liegt Deutschland an der Weltspitze“<sup>3</sup>

„Deutsche müssen Rekordsteuern zahlen“<sup>4</sup>

**M**it der realen Situation und den objektiven Zahlen hat der weit verbreitete Glaube, Deutschland sei ein Hochsteuerland, allerdings wenig zu tun. Die Bundesrepublik weist im internationalen Vergleich keineswegs eine außergewöhnlich hohe Steuer- bzw. Abgabenbelastung auf: Gemessen am BIP liegt Deutschland im OECD-Vergleich bei den steuerlichen Belastungen im oberen, im europäischen Vergleich sogar im unteren Mittelfeld. In Abbildung 1 zeigt sich, dass Deutschland in Westeuropa (EU-15 plus Schweiz und Norwegen) lediglich an elfter Stelle zwischen den Luxemburg und Großbritannien rangiert.

### FAKT 1

*Im internationalen Vergleich rangiert Deutschland mit seiner Steuer- und Abgabenlast im unteren Mittelfeld ■*

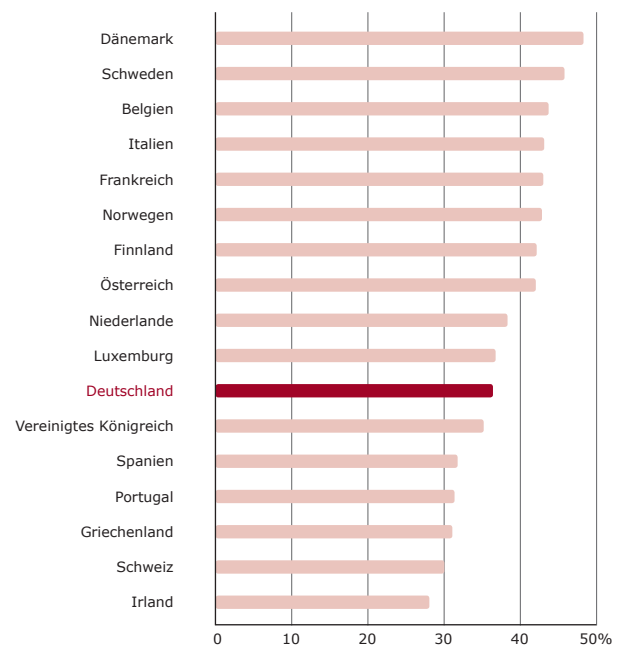


Abbildung 1 Abgabenquote in Westeuropa 2010 (Quelle: OECD)

<sup>1</sup> Bild, 4.3.2008.

<sup>2</sup> Finanznachrichten.de, 3.4.2010.

<sup>3</sup> Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, 9.7.2009.

<sup>4</sup> Focus Online, 2.4.2010.

Im Jahr 2010 war die Steuer- und Abgabequote mit einem Anteil von knapp 28 Prozent am BIP in Irland am niedrigsten. Am höchsten war sie in Dänemark mit gut 48 Prozent. Die deutsche Steuer- und Abgabequote am BIP betrug 2010 gut 36 Prozent. Damit lag Deutschland 2,5 Prozentpunkte über dem OECD-Schnitt von 34,8 Prozent und 1,8 Prozentpunkte unter dem westeuropäischen Schnitt von 38,1 Prozent, wie Tabelle 1 verdeutlicht.

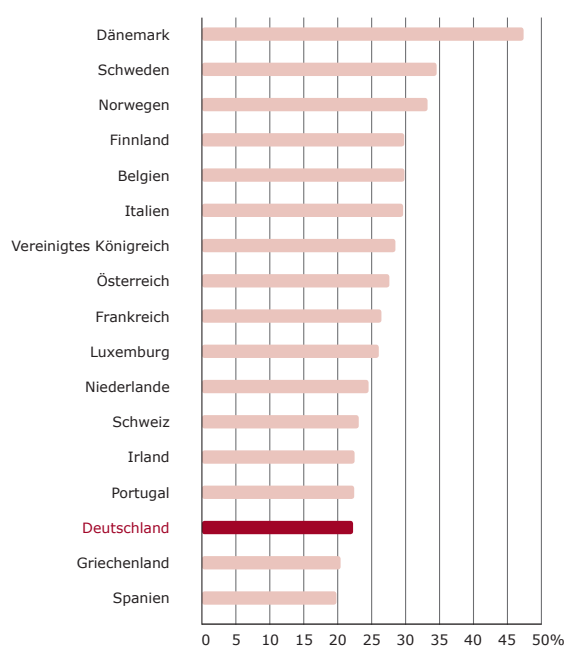
OECD-Schnitt <sup>5</sup>	33,8 %
Deutschland	36,3 %
Westeuropa-Schnitt	38,1 %

**Tabelle 1** Abgabenquote in Deutschland im Vergleich zur OECD und Westeuropa, 2010 (Quelle: OECD)

Versicherungsleistungen erhöhen den Anteil staatlicher Abgaben in Deutschland im internationalen Vergleich erheblich. Anderswo sind die Sozialversicherungssysteme privat organisiert, wie beispielsweise in den USA. Die Abgaben an den Staat verringern sich dort spiegelbildlich zu den geringeren, vom Staat bereitgestellten Leistungen. Es ist selbstverständlich jeder Person überlassen, einen Rückzug des Staates und eine entsprechend private Organisation der staatlichen Leistungen zu fordern. Unseriös ist es allerdings in einer Diskussion, nur die staatlichen Belastungen in der Argumentation anzuführen, die staatlichen Leistungen aber unter den Tisch fallen zu lassen.

Abbildung 2 bietet eine Übersicht über die Steuerbelastung in Westeuropa nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge. Deutschland liegt in Bezug auf die Steuerlast im unteren Drittel, wobei allerdings bemerkt werden sollte, dass in Skandinavien und im Vereinigten Königreich Gesundheitsleistungen Großteils steuerfinanziert werden. Die deutsche Steuerquote am BIP entspricht mit 22,1 Prozent etwa der Steuerquote der Schweiz, die bei 22,8 Prozent liegt. Österreich, das sein Sozialsystem ebenfalls über Sozialversicherungsbeiträge finanziert, verzeichnet

mit 27,5 Prozent eine deutlich höhere Steuerquote als Deutschland. Dabei sind die Westeuropäischen Steuerquoten vergleichsweise hoch. So ist beispielsweise die Steuerquote der USA mit 18,3 Prozent merklich aber nicht drastisch unter der deutschen.



**Abbildung 2** Steuerquoten in Westeuropa 2010 (Quelle: OECD)

**Die 2000-Jahre:  
Ein Jahrzehnt der Steuersenkungen**

Die Steuerreform 2001 wurde seinerzeit als „das größte Steuersenkungsprogramm in der Nachkriegsgeschichte“ bezeichnet (BMF, 2004). Auch die aktuelle schwarz-gelbe Bundesregierung möchte Rekorde brechen. So spricht das Bundesfinanzministerium im Zusammenhang mit dem Bürgerentlastungsgesetz 2010 von „der größten Steuerentlastung in der bundesdeutschen Geschichte“ (BMF, 2009). Tatsächlich waren die letzten 15 Jahre eine Zeit massiver Steuerentlastungen. Die deutliche Reduktion im Tarifverlauf der Einkommensteuer und Erhöhung der Freibeträge im Zuge der Einkommenssteuerreform 2001 brachte Entlastungen im Umfang von 29 Mrd. Euro (Truger, 2009).

<sup>5</sup> Wert von 2009.

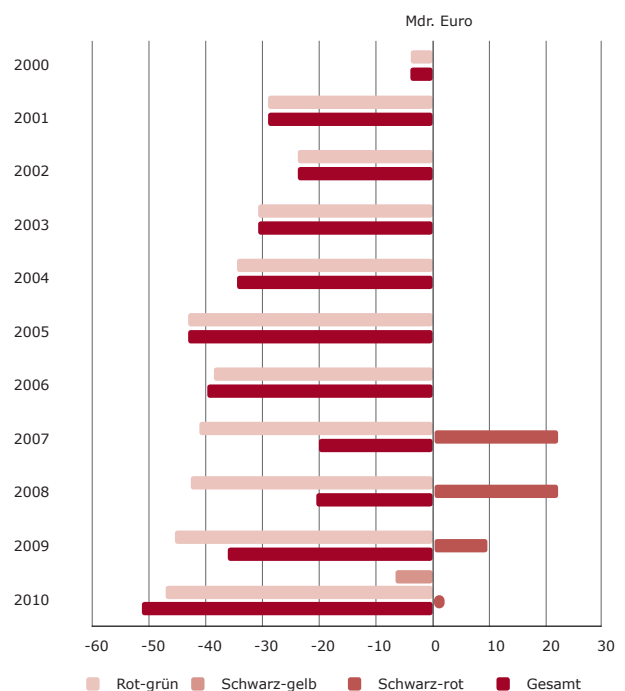
Das Bürgerentlastungsgesetz von 2010, durch das die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung einfacher von der Steuer abgesetzt werden können, reduzierte die Steuerlast nochmals um etwa 10 Mrd. Euro (BMF, 2009). Gemessen an der Wirtschaftsleistung des Jahres 2001 sind das insgesamt Entlastungen von gewaltigen 2 Prozent am BIP. Hinsichtlich des Einnahmenvolumens sind die Unternehmenssteuern ebenfalls relevant, die nach den Steuerreformen der letzten Jahre sehr stark eingebrochen sind (siehe Mythos „Rekordverdächtige Unternehmenssteuern gefährden den Standort Deutschland“). So dürfte allein die Steuerreform 2001 den Unternehmen eine Steuerersparnis von 14 Mrd. Euro gebracht haben (Truger, 2009). Durch die Steuerreform 2008 wurden die Unternehmen nochmals um weitere 5 Mrd. Euro entlastet (Sachverständigenrat, 2007). Gemessen an der Wirtschaftsleistung des Jahres 2001 sind das Entlastungen von knapp einem Prozent am BIP. Auch für fiskalische Verhältnisse ist diese Summe erheblich.

**FAKT 2**

*In den letzten 15 Jahren kam es in Deutschland zu massiven Steuersenkungen. Netto ergibt der Umfang aller Steuerreformen einen Entlastungssaldo von 50 Milliarden Euro ■*

Die frühere Vermögensteuer war fiskalisch zwar nicht sehr ertragreich. Die Tatsache, dass sie nach 1997 nicht gemäß den Anforderungen des Verfassungsgerichts nachgebessert wurde, sondern schlicht nicht mehr eingehoben wird, steht dabei beispielhaft für die Zielrichtung im Feld der Besteuerung von Kapitaleinkommen. In Abbildung 3 ist die Gesamtwirkung aller Entlastungen und Belastungen seit dem Jahr 2000 zusammengefasst.

Insgesamt kam es zu Steuerentlastungen im Umfang von netto 50 Mrd. Euro. Die einzige quantitativ relevante Steuererhöhung, die in diesem Zeitraum stattgefunden hat, war der Anstieg der Umsatzsteuer mit einem Gesamtvolumen von 25 Mrd. Euro. Das entspricht etwa einem Prozent des BIP (Truger, 2009).



**Abbildung 3** Aufkommensverluste durch Steuersenkungen 2000-2008 (Quelle: Truger, 2009)

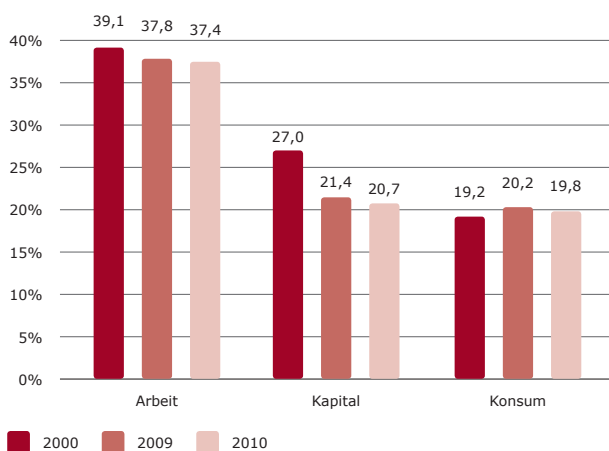
**Die Steuerreformen haben vor allem die Besserverdienenden entlastet**

Es fällt auf, dass der Staat vor allem Besserverdienende, Unternehmen und Wohlhabende aus der Verantwortung entlassen hat, einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. So helfen beispielsweise Tarifsenkungen bei der Einkommenssteuer Besserverdienenden deutlich mehr, weil ihre Einkommen aufgrund der Progression stärker belastet sind und sie nicht nur von einer Reduktion des Höchststeuersatzes, sondern von Tarifsenkungen auf der gesamten Tarifskala profitieren (siehe Mythos: „Besserverdienende werden steuerlich am stärksten belastet“).

Die Verteilungswirkung der großen Einkommenssteuerreform von 2001 wurde von der Universität Lüneburg untersucht und führt zu wenig überraschenden Ergebnissen: Zwar erhöhte sich durch die Reform insgesamt das verfügbare Einkommen aller Gruppen (das Einkommen nach Steuerabzug), doch gleichzeitig ging die Schere zwischen den verschiedenen Steuerklassen und damit den verfügbaren Einkommen weiter auseinander. Der Grund für diese wachsende Kluft sind die extrem überproportionalen Steuerentlastungen des obersten Einkommensdeziils, das als einziges seinen relativen Anteil am gesamten verfügbaren Einkommen ausweiten konnte. Die unteren 90 Prozent der Einkommen stagnierten oder haben sogar geringfügig Anteile verloren (Merz und Zwick, 2002).

Die einzige relevante Steuererhöhung der letzten Jahre betraf die Umsatzsteuer. Diese trifft aufgrund ihrer regressiven Wirkung untere Einkommensschichten wesentlich stärker, weil es für Menschen mit einem niedrigen Gehalt, relativ gesehen, viel mehr ins Gewicht fällt, 100 Euro Mehrwertsteuer für ein Produkt zu zahlen als für eine Person mit einem hohen Einkommen.

In Abbildung 4 sind die steuerlichen Trends seit dem Jahr 2000 abgebildet, wobei die aktuellsten Maßnahmen, wie etwa das Bürgerentlastungsgesetz, noch gar nicht vollständig berücksichtigt sind.



**Abbildung 4** Implizite Steuersätze auf Kapital, Arbeit und Konsum in Deutschland 2000 bis 2010 (Quelle: Eurostat)

Die implizite Besteuerung<sup>6</sup> von Kapitaleinkünften ging in den letzten zehn Jahren um über sechs Prozentpunkte zurück. Die Besteuerung von Arbeit reduzierte sich um 1,7 Prozentpunkte. Davon haben, wie oben dargestellt, vor allem Besserverdienende profitiert. Gleichzeitig hat die implizite Belastung des Faktors Konsum zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2009 um knapp einen Prozentpunkt zugenommen, um zuletzt wieder leicht abzunehmen.

### FAKT 3

*Die Besteuerung von Kapital und hohen Arbeitseinkommen hat deutlich abgenommen. Demgegenüber stiegen die impliziten Steuersätze für den Konsum, wovon Bezieher kleiner Einkommen überproportional betroffen werden ■*

Man kann also festhalten: Die Steuerreformen mit Auswirkungen auf Kapital und Konsum gingen eindeutig auf Kosten der unteren und mittleren Einkommensschichten und kamen in erster Linie den oberen Einkommensschichten und Wohlhabenden zu Gute. Von den Reformen bei der Einkommenssteuer profitieren Steuerpflichtige zwar am oberen und am unteren Ende der Skala. Die Besserverdienenden profitieren von der Einkommenssteuerreform jedoch deutlich mehr als die Geringverdiener.

### Der Wohlfahrtsstaat ist das Vermögen der Besitzlosen

Es ist wenig verwunderlich, dass nach einer Periode der kontinuierlichen Entlastung der Wohlhabenden und einer stärkeren Belastung der unteren Einkommensschichten durch die Erhöhung der Sozialabgaben und der Umsatzsteuer die Geringverdiener mittlerweile von der OECD als besonders stark belastet eingestuft werden (siehe My-

<sup>6</sup> „Die implizite Steuerquote auf Kapitaleinkommen setzt die daraus resultierenden Steuereinnahmen eines Jahres, die neben den Ertragsteuern auch Steuern auf das Kapitalvermögen (z.B. Grundsteuer, Vermögensteuer) und auf den Kapitaltransfer (z.B. Grunderwerbsteuer, verschiedene Stempel- und Registerabgaben) erfassen, ins Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Kapitaleinkommen.“ (Spengel, 2003: S.4)

thos „Besserverdienende werden steuerlich am stärksten belastet“). Doch welche Schlüsse werden häufig aus diesen Fakten gezogen? Jan Hildebrand folgert in „Die Welt“ vom 11. Mai 2011: „Wer daraus nun die Forderung ableitet, die Sozialbeiträge für hohe Einkommensgruppen anzuheben (...) nimmt in Kauf, dass Deutschland bei der Belastung auch noch an Frankreich und Belgien vorbeizieht. (...) Richtig liegt, wer vom Staat mehr Sparanstrengungen fordert und sich für eine Entlastung der Bürger, gerade bei den unteren und mittleren Einkommensbezieheren einsetzt.“

Diese Schlussfolgerung scheint auf den ersten Blick plausibel zu sein. Sie geht aber implizit davon aus, dass der Staat sein Geld einfach verschleudert und die BürgerInnen von seinen Leistungen nicht profitieren (siehe Mythos „Steuern, Staat und Bürokratie wuchern auf Kosten der Bürger/innen“). Tatsächlich verwendet der Staat seine Mittel jedoch für finanzielle Transfers, wie das Kindergeld, für die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur und Leistungen, beispielsweise in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Verkehr. Spart der Staat also, um Steuern senken zu können, führt dies automatisch zu Leistungskürzungen. Dabei verringert sich zwar die Steuerpflicht der Bürgerinnen und Bürger, im gleichen Ausmaß büßen sie aber staatliche Leistungen ein. In der Folge müssen sie beispielsweise höhere Gebühren für (private) Kindergartenplätze, Schwimmbäder oder Bibliotheken bezahlen.

In eine ganz ähnliche Kerbe schlägt der Bund deutscher Steuerzahler mit einer kurzsichtigen Milchmädchenrechnung: „Würde die deutsche Familie bei Steuern und Sozialabgaben so behandelt wie in anderen Industriestaaten, hätte sie im Schnitt jeden Monat 500 Euro mehr zur Verfügung,“ wird der Finanzwissenschaftler Volker Stern auf Focus Online (2010) zitiert. Auf den ersten Blick mag das zutreffend sein. Auf den zweiten Blick muss aber festgestellt werden, dass – Verteilungsaspekte einmal außen vor gelassen – die Familie staatliche Leistungen in eben dieser Höhe einbüßt.

Dabei sind es gerade die unteren Einkommensschichten, die von öffentlichen Leistungen überproportional profitieren und deren Lebenssituation durch staatliche Leistungen relativ gesehen wesentlich stärker verbessert werden, als die höherer Einkommensbezieher. Ein kostenloser Kindergartenplatz im Wert von 100 Euro bedeutet für einen 1.000-Euro Verdiener eine Ersparnis von zehn Prozent des Gehalts. Eine 4.000-Euro Verdiennerin spart nur 2,5 Prozent ihres Einkommens. Konkret bedeutet dies: Der Wohlfahrtsstaat ist das Vermögen der unteren und mittleren Einkommensschichten und jede Reduktion öffentlicher Leistungen trifft diese Gruppe am stärksten. ■

## FAKT 4

*Eine Entlastung der steuerlich stark belasteten unteren und mittleren Einkommensschichten würde staatliche Leistungskürzungen zur Folge haben, die genau diese beiden Gruppen treffen würden ■*

---

## Quellen

- BMF (2004): 1. Januar 2005: Die letzte Stufe der Steuerreform 2000 wird wirksam. Monatsbericht 12/2004. S. 45-59.
- BMF (2009): Bürgerentlastungsgesetz: Größte Steuerentlastung der bundesdeutschen Geschichte. 19.06.2009.
- Focus Online (2010): Studie: Deutsche müssen Rekordsteuern zahlen. Focus Online vom 02.04.2010
- Merz, Joachim und Markus Zwick (2002): Verteilungswirkungen der Steuerreform 16 2000/2005 im Vergleich zum „Karlsruher Entwurf“. Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, 8/2002.
- OECD (2011): Revenue Statistics 2010.
- Sachverständigenrat (2007): Jahresgutachten 2007/08.
- Truger, Achim (2009): Ökonomische und soziale Kosten von Steuersenkungen. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 39, Nr.1.
- Spengel, Christoph (2003): Unternehmensgewinne und Steuerbelastung im internationalen Vergleich – Indikator der Leistungsfähigkeit? Statistisches Bundesamt.

## Autor

Dieser Mythos wurde widerlegt von Nikolaus Kowall. Er ist Doktorand an der Wirtschaftsuniversität Wien und am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Zuvor arbeitete er als Junior Fellow am Wirtschaftsforschungsinstitut Wien.